

## Ataman: Pauschale Nennung der Nationalität bei Straftaten irreführend

Ferda Ataman warnt vor pauschaler Nennung der Nationalität von Tatverdächtigen in der "Neuen Osnabrücker Zeitung", um Rassismus zu vermeiden.



### Debatte um die Nennung der Nationalität von Tatverdächtigen: Ein Einblick

Im Zuge der aktuellen Diskussion um die pauschale Nennung der Nationalität von Tatverdächtigen hat Ferda Ataman, die Unabhängige Bundesbeauftragte für Antidiskriminierung, jüngst ihre Bedenken geäußert. Sie sieht darin die Gefahr, dass dadurch falsche und verzerrte Bilder entstehen könnten, die rassistische Stereotype fördern. Mit dieser Stellungnahme in der „Neuen Osnabrücker Zeitung“ setzt sie ein starkes Zeichen gegen die Forderungen, die vor allem aus der Union und der FDP kommen.

Befürworter wie Bijan Djir-Sarai, Generalsekretär der FDP, und

Thorsten Frei, Parlamentarischer Geschäftsführer der Unionsfraktion, argumentieren hingegen, die Angabe der Nationalität würde zur Transparenz und Glaubwürdigkeit beitragen. Sie fordern eine generelle Nennung der Nationalität durch die Behörden, um einer vermeintlichen Verschleierung von Fakten vorzubeugen.

In Nordrhein-Westfalen hat Innenminister Herbert Reul (CDU) bereits Schritte eingeleitet, die Richtlinien für Polizeimeldungen entsprechend zu ändern. Ziel sei es, Spekulationen im Keim zu ersticken und dem Vorwurf zu begegnen, Informationen zurückzuhalten, so lautete es aus dem Düsseldorfer Innenministerium.

Die SPD und die Grünen kritisieren diese Vorstöße scharf. Sie warnen vor den gesellschaftlichen Konsequenzen und betonen, dass solche Maßnahmen bestehende Vorurteile verstärken könnten. Ataman schließt sich dieser Kritik an und erklärt, dass die pauschale Nennung der Nationalität keinen echten Mehrwert biete und stattdessen nur eine vermeintliche Transparenz schaffe. Vielmehr solle die Nationalität nur dann offengelegt werden, wenn sie für das Verständnis der Straftat wirklich relevant sei.

## **Hintergründe und Erklärungen**

Was bedeutet „pauschale Nationalitäts-Nennung“ eigentlich? Die Forderung steht dafür, dass bei jeder öffentlichen Meldung über eine Straftat automatisch und ohne Ausnahme die Nationalität des Verdächtigen angegeben wird. Kritiker wie Ataman warnen, dass diese Praxis suggerieren könnte, eine bestimmte Nationalität hätte etwas mit der Tat an sich zu tun, auch wenn es dafür keine Beweise gibt.

Ein solcher Zusammenhang könnte zu einer Stigmatisierung ganzer Bevölkerungsgruppen führen, was rassistische Vorurteile in der Gesellschaft weiter anheizen würde. Ataman argumentiert, dass das eigentliche Ziel sein müsste, Straftaten

unabhängig von der Nationalität der Täter aufzuklären und dabei nicht unbegründete Assoziationen zu fördern.

## **Wie hätte die Politik präventiv handeln können?**

Die Debatte zeigt, wie wichtig eine ausgewogene und durchdachte Gesetzgebung in diesem sensiblen Bereich ist. Politiker könnten präventiv Maßnahmen ergreifen, die darauf abzielen, die Wurzeln von Vorurteilen und Diskriminierung in der Gesellschaft zu bekämpfen. Dazu gehört die Förderung von Bildungsprogrammen, die Toleranz und das Verständnis für unterschiedliche Kulturen und Erfahrungen lehren.

Des Weiteren könnte die Regierung strengere Richtlinien für die Veröffentlichung von Angaben bezüglich der Nationalität von Tatverdächtigen entwickeln. Solche Vorgaben sollten sicherstellen, dass diese Informationen nur dann publik gemacht werden, wenn sie für das Verständnis des Falls tatsächlich erforderlich sind. Es wäre auch sinnvoll, regelmäßig Sensibilisierungsprogramme für Behörden und die Medienlandschaft zu initiieren, um eine verantwortungsvolle und reflektierte Berichterstattung zu fördern.

Alles in allem liegt es an der Politik, durch kluge und vorausschauende Maßnahmen eine ausgewogene Informationspolitik zu gestalten, die die Gesellschaft nicht weiter polarisiert, sondern zusammenbringt.

- **NAG**

Details

**Besuchen Sie uns auf: [n-ag.de](https://www.n-ag.de)**